

Die Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete ergänzend, Chen Zuolin habe auch erklärt, daß der Arbeitsstil einer herrschenden Partei von entscheidender Bedeutung für ihr eigenes Überleben sei. Wenn sich die Korruption [weiterhin] ungehemmt ausbreite, werde die Partei auf ihre Selbstzerstörung hinsteuern [sic!]. (*Xinhua*, nach Radio Beijing, 3.8.91, in SWB, 7.8.91) Bezeichnenderweise druckte das ZK-Organ *Volkszeitung* diese sehr kritischen Worte von Chen Zuolin nicht ab.

Einige Gerichtsurteile der letzten Zeit lassen vermuten, daß sich die Parteizentrale im Kampf gegen die Korruption zu einem härteren Vorgehen auch gegen relativ hochrangige Kader durchgerungen hat:

- Am 18. Juli 1991 wurde der frühere Parteisekretär des Beijinger Eisen- und Stahlwerks Guan Zhicheng wegen passiver Bestechung und Unterschlagung zum Tode verurteilt. Guan hatte in einem Zeitraum von drei Jahren insgesamt 1,41 Mio. Yuan RMB an Bestechungsgeldern kassiert und über 80.000 Yuan RMB veruntreut. Mit dem Geld hatte er sich vier Häuser gekauft und zwei Geliebte gehalten. (SCMP, 19.7.91; XNA, 19.7.91)

- Zusammen mit Guan Zhicheng wurden auch noch sechs weitere Kader wegen Bestechlichkeit und Veruntreuung zum Tode verurteilt (ebenda).

- Im August wurde der frühere Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit des Kreise Yingde (Provinz Guangdong) Zhang Wenlie wegen Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 188.594 Yuan RMB und wegen Veruntreuung von 2.000 Yuan RMB zum Tode verurteilt (XNA, 22.8.91).  
-sch-

---

## Kultur

---

\*(14)

**Neuer Versuch, Kultur, Erziehung und Wissenschaft auf die Parteilinie einzuschwören**

Die Rede des Parteivorsitzenden Jiang Zemin, die er am 8. Juli zum 70. Jahrestag der KP-Gründung hielt (s. C.a.

Juli 1991, Ü 10), erweist sich im Kulturbereich zunehmend als ein Hebel zur Durchsetzung einer rigiden Politik, die praktisch den gesamten Kultur-, Erziehungs- und Wissenschaftssektor noch stärker als bisher wieder der Parteipolitik unterordnen will. Jiang verschaffte dieser Tendenz noch ein zusätzliches Moment mit einem programmatischen Artikel, in dem er fordert, "Wissenschaft und Technik umfassende Aufmerksamkeit (zu) schenken und tatkräftig (zu) entwickeln" (GMRB, 10.8.1991). Jiang knüpfte hier an die von Deng Xiaoping aufgestellte These an, wonach Wissenschaft und Technik die erste Produktivkraft darstellen. Diese These, die den Spagat zwischen technischer Modernisierung des Landes und Beibehaltung der alten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen versucht, wird von Jiang als marxistische Auffassung ausgegeben, die es gründlich zu verstehen gelte. Dabei bedürften Technik und Wissenschaft in ihrer Entwicklung korrekter Leitgedanken, einer korrekten Richtung und überhaupt der Führung der Partei.

Fast den ganzen August über erschienen daraufhin Berichte von Kulturschaffenden, die in verschiedenen Orten "Diskussionsveranstaltungen" zur Juliredede Jiang Zemin abhielten und einander nun im Lobpreis der Rede und ihrer historischen Bedeutung zu übertreffen versuchten. Im Stil dieser Berichte und Bekenntnisse ist kaum noch ein Unterschied zu ähnlichen Äußerungen aus der Mao-Zeit auszumachen. Einzig Marx, Engels, Lenin, Mao und Deng werden zitiert, und die formelhaften Darlegungen mancher Artikel stimmen passagenweise fast wörtlich überein. Die beiden wichtigsten Punkte, um die es geht, faßt die Überschrift gesammelter Lobpreisungen von Kulturschaffenden Pekings zusammen: "Dem Kampf auf ideologischem Gebiet umfassende Aufmerksamkeit schenken und eine sozialistische Kultur chinesischer Prägung schaffen" (GMRB, 14.8.1991). All dies zielt in erster Linie gegen die seit längerem beklagten Einflüsse des "bürgerlichen Liberalismus" und die Gefahr einer dadurch ausgelösten "friedlichen Evolution". Analog zum "langwierigen Krieg" (gegen Japan), dessen Theorie einst Mao entwickelte, ist nun von einem "langwierigen Kampf" gegen die Liberalisierung die Rede, ohne daß sich freilich Überlegungen dazu fän-

den, wie denn dieser Kampf zu gewinnen sei. Auch die schulische Erziehung muß selbstverständlich in diesen Kampf eingespannt werden (GMRB, 22. und 24. 8.1991), und zur Stärkung des sozialistischen Schüler- und Studentenbewußtseins finden dann Arbeitseinsätze während der Sommerferien statt, während 3.000 Schüler und Studenten aus Yunnan den Spuren des Langen Marsches von 1933/34 folgen (GMRB, 19.8.1991). Von ähnlich kampagnenhaftem Zuschnitt sind die zahlreichen Artikel, welche ihre Zustimmung zur These von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft kundtun (z.B. GMRB, 18.8.1991).

Um alle bestehenden Zweifel auszuräumen, daß nur die Partei die Geschicke Chinas zu lenken vermag, werden gleichzeitig die einstigen Ruhmes-taten der KP und ihrer Führer neu ins Bewußtsein gebracht. So hoben praktisch alle Spitzenpolitiker, darunter Jiang Zemin, Li Peng und Yang Shangkun, den erzieherischen Wert eines Filmepos über die große Huaihai-Schlacht im Bürgerkrieg 1948 hervor (GMRB, 10.8.91); eine Woche später fordert ein Zeitungsartikel: "Mit leuchtendem Banner die ruhmreiche Parteilgeschichte propagieren!" (GMRB, 16.8.1991), und auf dem Buchmarkt erschien ein Helden- und Märtyrerlexikon für Kinder und Jugendliche (GMRB, 8.8.1991).

Praktische Auswirkungen der verschärften Gangart hat vor allem die Unterhaltungsindustrie zu gewärtigen. Auf einer nationalen Arbeitskonferenz über sozialistische Kultur wurden Verordnungen angekündigt, die die staatliche Kontrolle von Bars, "illegalen Aufführungen" und dem Verkauf von Kunst erleichtern sollen. In diesem Sinne wurde an einem Ort bereits die Produktion von T-Shirts polizeilich unterbunden, die mit "ungesunden Slogans" bedruckt waren. Zu diesen zählen schon so harmlose, offenbar als individualistisch angesehe Sprüche wie: "Ich versuche nur, meine Familie zu ernähren" (SCMP, 5.8.1991).

Während diese neue Kältewelle auf ideologischem Gebiet vielfach an die Mao-Ara erinnert, gibt es doch signifikante Unterschiede. Auffällig ist besonders das Fehlen von Massenveranstaltungen. Auch wird nicht behauptet, daß alle Kulturschaffenden oder auch nur deren große Mehrheit sich begei-



stert oder zumindest zustimmend zu den politischen Vorgaben äußerten. An den Diskussionsveranstaltungen jedenfalls nahmen jeweils höchstens ein paar Dutzend Personen teil. Offenbar ist die Partei nicht mehr in der Lage, eine solche Mobilisierung, wie sie einst die Regel war, zustande zu bringen. Selbst die veröffentlichten Artikel, die die Gleichschaltung der Kunst unter der Fahne des Sozialismus gutheißen, scheinen nicht immer sehr von Herzen zu kommen. Der eine verbindet vor allem Mao-, Deng- und Jiang-Zitate miteinander (GMRB, 14.8.1991), und ein anderer wundert sich zunächst einmal über die These von Wissenschaft und Technik als erster Produktivkraft, wo Lenin doch befunden habe: "Die erste Produktivkraft der Menschheit sind die Arbeiter", ehe er sich daran macht zu zeigen, warum selbstverständlich auch Deng und Jiang recht haben (GMRB, 18.8.1991). -hws-

\*(15)

#### Gesammelte Werke Ai Qings und Ai-Qing-Konferenz

Am 20.8. erschien die bislang umfangreichste Sammlung der Werke Ai Qings. Ai Qing, eigentlich Jiang Hai-cheng (geb. 1910), ist einer der bedeutenden chinesischen Lyriker dieses Jahrhunderts. Viele seiner Werke, die in seiner Haupt-Schaffensperiode um 1940 entstanden, wirkten bahnbrechend. Sozial und politisch engagiert, schloß er sich 1941 der kommunistischen Bewegung an. Die jetzt erschienene Werksammlung umfaßt in fünf Bänden Gedichte, Besprechungen, Erzählungen, Briefe und andere Texte des 81jährigen Autors - nahezu sein gesamtes Schaffen aus den Jahren 1928-1990. (XNA, 20.8.91; GMRB, 21.8.91)

Wenige Tage später, am 25.8., wurde in Peking ein internationales Symposium über Ai Qing mit über 100 Teilnehmern eröffnet. Welche offizielle Wertschätzung der Dichter genießt, zeigen der Ort der Veranstaltung - die Große Halle des Volkes - sowie die Namen zweier Redner. So wurde die Eröffnungsansprache vom Vizepräsident Chinas, Wang Zhen, gehalten, der die Hoffnung aussprach, die Kulturschaffenden des Landes mögen sich an Ai Qings Liebe zum sozialistischen Vaterland ein Beispiel nehmen. Ein weiterer Redner war He Jingzhi, selbst

Dichter, der hier jedoch auch in seiner Funktion als Mitglied des ZK und Stellvertretender Direktor der Propagandaabteilung der KP Chinas sowie als Kulturminister erschien. Ai Qing selbst betonte, daß die Dichter und Kritiker nicht in der Vergangenheit verweilen, sondern mit der Zeit gehen sollten. (GMRB, 26.8.91, XNA, 25.8.91, *Xinhua* 25.8.91 nach SWB, 28.8.91) -hws-

\*(16)

#### Entwurf eines Lehrergesetzes gebilligt

Um die lange beklagte schlechte soziale Stellung der Lehrer aufzuwerten, deren Interessen zu schützen, Qualifikationsstandards zu setzen, qualifiziertere Lehrer zu gewinnen und das sozialistische Erziehungssystem zu stärken, wird derzeit ein Lehrergesetz vorbereitet. Anfang August wurde ein erster Entwurf von der 89. Arbeitssitzung des Staatsrates verabschiedet, von dem eine überarbeitete Version sodann dem Nationalen Volkskongreß (NVK) zur Verabschiedung vorgelegt werden soll (XNA, 9. und 29.8.91). Der Entwurf lag am 29.8. dem Ständigen Ausschuß des NVK vor (*Xinhua*, chin., 29.8.91 nach SWB, 31.8.91). Das Lehrergesetz wird bereits seit März 1986 vorbereitet. Es ist Teil eines größeren Gesetzgebungsbündels, zu dem auch die Projekte eines allgemeinen Bildungsgesetzes und eines Jugendschutzgesetzes gehören (XNA, 13.8.91). Von der Staatlichen Erziehungskommission und der Lehrergewerkschaft wurden bereits berufsethische Normen für Lehrer verabschiedet.

Ein besonderes Problem im heutigen chinesischen Erziehungswesen ist der niedrige Ausbildungsgrad vieler Grundschullehrer sowie die geringe Attraktivität des Lehrerberufes. Um hier Abhilfe zu schaffen, soll das Lehrergesetz durch einige konkretere Maßnahmen flankiert werden. So soll die Zahl der Stipendien für Pädagogikstudenten erhöht und eine Reihe von Gebühren beseitigt werden. Besonders verdiente Lehrer sollen staatliche Belobigungen erhalten. Wesentlich wichtiger dürfte eine geplante Besoldungsreform sein. Vorgesehen sind Gehaltsstufen, die an den Unterrichtserfordernissen orientiert sind, sowie eine Anhebung der Gehälter, die oberhalb des Durchschnitts der 12 wichtigsten Berufe der chinesischen Volkswirt-

schaft liegen sollen (XNA, 28.8.91). Im Gesetzentwurf sind zudem überdurchschnittliche Ruhegehälter vorgesehen (XNA, 29.8.91).

Zwar herrscht über die Notwendigkeit, die Stellung der Lehrer zu verbessern sowie ihre Qualifikation zu erhöhen, weitgehend Einigkeit, doch sprechen sowohl die fünf Jahre währende Vorbereitungszeit des Lehrergesetzentwurfs als auch die neueren Politikerstatements für die Annahme, daß hier unterschiedliche Positionen im Widerstreit liegen. Die eine, in deren Sinne sich Ministerpräsident Li Peng äußerte, ist dem alten Sowjetmodell verhaftet und betont die ideologische Erziehung und Moral, setzt also auf die klassischen sozialistischen Disziplinierungs- und Mobilisierungsinstrumente, während die andere, pragmatische Linie, die sich in Äußerungen des Erziehungsministers Li Tieying widerspiegelt, mehr auf die Notwendigkeit materieller Verbesserungen abhebt. Das Lehrergesetz stellt vermutlich einen mühsam ausgehandelten Kompromiß dar. Sein Wortlaut wurde noch nicht veröffentlicht. -hws-

\*(17)

#### Schuljahresbeginn in den Überflutungsgebieten gefährdet

Den ganzen August über erschienen in der chinesischen Presse immer wieder Berichte über die Beeinträchtigung und den Wiederaufbau des Schulwesens in den Überflutungsgebieten. Während in den betroffenen Regionen - vor allem in den Provinzen Anhui, Henan, Hubei und Jiangsu - erheblicher Unterrichtsausfall droht, äußern sich Politiker optimistisch, daß der Unterrichtsbetrieb zum Schuljahresbeginn am 1.9. wieder voll aufgenommen werden kann.

Die schwersten Zerstörungen meldet die Provinz Anhui, wo 20.000 Schulräume mit 8,18 Millionen Quadratmeter Fläche beschädigt wurden und 1,83 Mio. Schüler betroffen sind (XNA, 29.8.91). Erheblicher Schaden im Schulwesen wird auch aus Jiangsu berichtet, wo 400.000 Schüler aus 1.000 zerstörten Schulen betroffen sind (XNA, 2.8.91), sowie aus Henan mit 200.000 betroffenen Schülern (XNA, 27.8.91 lt. SWB vom 29.8.91). Dabei resultieren die Probleme nicht nur aus der Tatsache, daß viele Klassenräume



samt Mobiliar und Unterrichtsmaterial durch das Wasser verwüstet oder unbrauchbar wurden, sondern auch aus den wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung, die vielerorts die Schulgebühren nicht mehr aufbringen kann. Auf diese Weise haben allein in Henan 26.000 Lehrer kein Gehalt bekommen.

Da es offenbar unmöglich ist, alle Schäden kurzfristig zu beheben, plant man eine Reihe von Hilfsmaßnahmen. So sollen von den 1,83 Millionen betroffenen Schülern in Anhui 300.000 auf nicht betroffene Schulen verlegt werden, 500.000 erhalten umschichtig Halbtagsunterricht in noch benutzbaren Schulräumen und die restlichen 1,03 Millionen sollen Wohnräume nutzen. Außerdem sollen Behelfsräume errichtet, Schulgebühren erlassen und Unterrichtsmaterial von der nicht betroffenen Bevölkerung gespendet werden. Die Meldungen über die Höhe der bereitgestellten Finanzmittel sind zum Teil widersprüchlich. Generell scheint das meiste aus den betroffenen Provinzen und Regionen selbst zu kommen. So soll allein die Provinzregierung von Anhui 70 Millionen Yuan für die Wiederherstellung des Schulwesens bereitgestellt haben, während von der Zentralregierung für diesen Zweck bislang nur Hilfgelder von 25 Millionen Yuan angewiesen wurden (XNA, 18.8.91).

Während sich verantwortliche Politiker auf Provinz- und Landesebene in Optimismus üben und betonen, daß das Schuljahr für alle Schüler planmäßig beginnen könne (XNA, 18., 28. und 29.8.91), lassen die Meldungen aus den Provinzen erkennen, daß es trotz aller Hilfs- und Notmaßnahmen zu erheblichem Unterrichtsausfall kommen wird. Noch am 27. August, also wenige Tage vor Schuljahrsbeginn, sollen allein im Kreis Huanggang in Hubei 143.000 Schüler ohne Klassenräume gewesen sein (nach SWB vom 29.8.91). Auch der Anhuier Plan, über eine Million Schüler in Privaträumen zu unterrichten, dürfte wenig realistisch sein. -hws-

\*(18)

#### Benefizveranstaltungen für Flutopfer

Die Überschwemmungen im unteren Yangzi-Gebiet haben zwar erneut die bekannten traditionellen Formen von Solidaritätsaktionen gezeitigt. So führten das Provinzkomitee von Anhui, die

Kommunistische Jugendliga und andere Organisationen eine Propagandawoche zur Hilfe für das Anhuier Schulwesen durch (XNA, 14.8.91), und aus Peking wurde die kärgliche Zahl von 800 freiwilligen Blutspendern gemeldet (*China Daily* vom 23.8.91). Auf große Aufmerksamkeit in der chinesischen Presse stießen jedoch auch einige große Wohltätigkeitsveranstaltungen zugunsten der Flutopfer. So traten in Kanton über 1.000 Künstler aus Kanton und Hongkong auf, in Peking gab es mindestens drei kleinere derartige Veranstaltungen, darunter eine Gala in der Arbeitersporthalle mit über 100 Opern- und Popsängern (beide XNA, 3.8.91) sowie eine zweite am 18.8. (GMRB, 19.8.1991); in Shanghai fand am selben Abend eine ähnliche, live vom Fernsehen übertragene Veranstaltung mit etwa 1.000 Mitwirkenden statt, darunter Popstars aus Hongkong und Taiwan (XNA, 15. und 19.8.91). Während das erste Pekinger Konzert immerhin einen Erlös von 0,6 Millionen Yuan erbrachte (GMRB, 11.8.1991), kam die Shanghaier Veranstaltung sogar auf 13,73 Millionen Yuan. Gemessen daran, daß selbst große Staatsfirmen mitsamt Belegschaft und deren Angehörigen bei der Fluthilfe nur auf Spendensummen um eine Million Yuan kamen, können sich die Erträge dieser neuzeitlichen Art von Solidaritätsveranstaltungen durchaus sehen lassen. -hws-

\*(19)

#### Einige Einzelheiten zum neuen Zehnjahresplan zur Geburtenkontrolle

Wie bereits bekannt, hat das staatliche Familienplanungskomitee exakte Planungsziele für die Bevölkerungsentwicklung im kommenden Jahrzehnt festgelegt (s. C.a., April 1991, Ü 13). In einem Interview mit der Monatsschrift *China Today* (deutsch: *China heute*, Aug. 91, S. 24-27; Zusammenfassung: XNA, 21.8.91) nannte die Komiteevorsitzende Peng Peiyun nun weitere Zahlen, ging auf konkrete Maßnahmen ein und verband einen Ausblick auf die Zukunft mit einem Rückblick auf die Entwicklung seit den siebziger Jahren.

Frau Peng betonte die Bedeutung der Geburtenkontrolle angesichts der Tatsache, daß in China 22 Prozent der Weltbevölkerung (1,14 Milliarden Menschen lt. der jüngsten Volkszählung vom 1. Juli 91) von 7 Prozent der

Weltagrarfläche ernährt werden müssen. Seit Einführung der Ein-Kind-Politik 1979 konnte die jährliche Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung von 20 Promille auf heute 11,56 Promille gesenkt werden, während die Geburtenrate seit 1970 um 12,53 Promillepunkte sank. Ohne diesen Rückgang wäre Chinas Bevölkerung heute um 160 Millionen größer und läge bei 1,3 Milliarden Menschen. Da die geburtenstarken Jahrgänge von damals jetzt allerdings ins Heiratsalter kommen, wird die Zahl der Frauen zwischen 20 und 29 Jahren in den kommenden fünf Jahren um 16,2 Prozent gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre auf 121 Millionen anwachsen und einen historischen Spitzenwert erreichen, so daß sich das Problem der Geburtenkontrolle noch dringlicher stellt. Der neue Zehnjahresplan sieht nun vor, die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung bei 12,5 Promille zu halten und die Fruchtbarkeitsrate, also die Zahl aller Geburten pro Frau, von 2,3 im Jahr 1990 bis 1995 auf 2,1 und bis zum Jahr 2000 auf unter 2,0 zu drücken. Gelänge dies, so würde Chinas Bevölkerung Mitte des nächsten Jahrhunderts ein Maximum von 1,6 Milliarden Menschen erreichen und danach stabil bleiben. Ließe man den Dingen ihren Lauf, so würde schon im Jahr 2025 eine Zahl von 2 Milliarden erreicht werden.

Die Hauptschwierigkeit bei der Durchsetzung dieser Ziele liegt dabei auf dem Lande. Bisher war die Ein-Kind-Politik, zu der auch die Politik der späten Heirat zählt, gegenüber den Bauern kaum durchzusetzen gewesen, zum einen wegen des Fortbestehens traditioneller Wertschätzung für möglichst zahlreichen männlichen Nachwuchs, zum zweiten wegen der ökonomischen Selbständigkeit der Bauern, so daß wirtschaftliche Sanktionen nicht greifen, zum dritten wegen der Tatsache, daß Söhne auf dem Lande nach wie vor die beste - und weitgehend einzige - Altersversorgung darstellen. Die Geburtenplaner mußten aus diesem Grunde zurückstecken und gestatten den Bauern heute, im Abstand von einigen Jahren zwei Kinder zu bekommen. Auch erkennt man heute an, daß der Bevorzugung von Söhnen auf dem Lande und den dadurch bedingten höheren Geburtenzahlen nicht allein durch Propaganda zu begegnen ist. So wies Peng darauf hin, daß in den Pro-



vinzen Gansu und Jiangxi konkrete Maßnahmen getroffen wurden, um die Arbeits- und Wohnprobleme von Familien ohne männlichen Nachwuchs zu lindern. Beispielsweise wurde für diese Gruppe eine Rentenversicherung konzipiert, bei der Feldarbeit wird diesen Familien durch Arbeitskräftepools beigegeben, und sie profitieren von weiteren Wohlfahrtsmaßnahmen. Daß diese Maßnahmen greifen, zeigt sich in manchen ländlichen Gebieten mit florierender Wirtschaft und umfassender sozialer Absicherung: Dort wurde die Jahreswachstumsrate laut Peng bereits auf unter 10 Promille gedrückt. Ein besonderes Augenmerk wird jetzt auf die armen Gebiete gelegt, in denen die Geburtenrate am höchsten ist. Dort führen Hilfen zur Überwindung der Armut indirekt auch zu einem Rückgang der Geburten; so seien im Bezirk Guilin durch eine Kombination von Wirtschaftsförderung und Geburtenkontrolle in den letzten fünf Jahren 204.000 Menschen weniger geboren worden, als sonst zu erwarten gewesen wäre.

Eine weitere Problemgruppe ist die große Wanderbevölkerung. Peng gibt hier eine Zahl von 33,84 Millionen an, die von einer Stadt in die andere gezogen sind. Weitere 15,02 Millionen seien illegal in die Städte gezogen. Dies geschah zum Teil auch, um sich der Geburtenkontrolle zu entziehen. Peng forderte die Zusammenarbeit mit den Gebieten, aus denen die Wanderbevölkerung komme. Die Familienplanungskommission habe dem Staatsrat weitere Geburtenkontrollmaßnahmen für die Migrationsbevölkerung zur Billigung vorgelegt. Peng nannte jedoch keine konkreten Details zur Bewältigung dieses Problems, das offenbar besonders schwer in den Griff zu bekommen ist.

Insgesamt können die neuen Planungsziele gegenüber der ursprünglichen Vorgabe der Ein-Kind-Politik, wonach die Bevölkerungszahl nur auf maximal 1,2 Milliarden steigen dürfe, als ein Eingeständnis des Scheiterns gewertet werden. Immerhin entsprechen die 400 zusätzlichen Millionen etwa 80 Prozent der heutigen Bevölkerungszahl Europas (ohne Sowjetunion). Dennoch wird es international als Erfolg gewertet, daß die relevanten Wachstums- und Fruchtbarkeitsraten signifikant gesenkt werden konnten. Gleichzeitig wird deutlich, daß nach über zehn Jahren

aktiver Ein-Kind-Politik Erfahrungen vorliegen, die die Erreichbarkeit der neuen Planungsziele realistischer erscheinen lassen. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, spezielle Maßnahmen für die Landbevölkerung, wie Peng sie aus Gansu und Jiangxi berichtet, - und hier wiederum besonders eine gesicherte Altersversorgung - allgemein durchzusetzen.

Die Versorgung mit Altersheimen jedenfalls steckt noch in den ersten Anfängen. Dabei wird der Anteil der Altenpopulation, die heute auf 97 Millionen beziffert wird, weiter wachsen (vgl. C.a. Mai 1991, Ü 4), und da gleichzeitig der Trend von der Groß- zur Kernfamilie besteht, wird auch der Bau von Altenheimen in Zukunft dringlicher werden. Bisher gibt es Altenheime praktisch nur in einigen größeren Städten. Pioniere waren u.a. Peking, Shanghai und Hangzhou. Jüngst erhielt auch Shijiazhuang, die Provinzhauptstadt von Hebei, ein Altenheim, in dem 50 Personen wohnen können und von 18 Schwestern versorgt werden. (XNA, 27.8.91 nach SWB, 30.8.91) -hws-

\*(20)

#### Erstes Joint-Venture-Hospital eröffnet

Nach einer dreimonatigen Probephase wurde am 9.8. in Shanghai das Houcheng Stomatological Hospital eröffnet. Es gilt als erstes chinesisches Krankenhaus mit ausländischer Kapitalbeteiligung. Der ausländische Partner ist eine japanische Firma, die die technische Ausstattung zur Mund- und Zahnbehandlung beisteuerte. Zudem sind in dem Hospital einige japanische Zahnärzte als Berater tätig. Der chinesische Partner ist das Shanghai Posts and Telecommunications Hospital. (XNA, 10.8.91) -hws-

\*(21)

#### Organverpflanzungen und Organhandel

Während China Erfolge im Bemühen meldet, Organspender zu finden, wird von einem staatlich betriebenen, finanziell motivierten Nierenverkauf an Hongkonger Patienten berichtet.

Traditionell wird in China großes Gewicht auf körperliche Unversehrtheit auch nach dem Tode gelegt, ein Umstand, der dazu geführt hat, daß sich

nur sehr wenige Menschen bereit erklären, nach ihrem Tode Organe zu spenden; noch geringer ist die Bereitschaft, sich schon zu Lebzeiten Organe entnehmen zu lassen, wie dies bei Nieren und Knochenmark geschieht, die in der Regel von Lebenden für enge Verwandte gespendet werden. So gab es im Peking Union Hospital, das Nierentransplantationen durchführt, in den gesamten achtziger Jahren nur fünf lebende Nierenspender, und von den landesweit knapp 2.000.000 Anwärtern auf eine Augenhornhautverpflanzung kann pro Jahr nur 400 geholfen werden. Insgesamt wurden in China bislang über 5.000mal 18 verschiedene Organe transplantiert (XNA, 6.8.91); an anderer Stelle ist von 21 verschiedenen Organen die Rede, wobei offenbar auch eine höhere Zahl der bisher durchgeführten Transplantationen impliziert ist (*New China Quarterly* nach XNA, 21.8.91). 4.596 der gemäß dieser zweiten Zählung bis Ende 1989 durchgeführten Transplantationen betrafen Nieren; dabei wurde eine Erfolgsquote von 80 Prozent erzielt. Bei 428 der Empfänger lag die Operation mindestens fünf Jahre zurück, die längste Überlebenszeit nach der Operation lag bei 14 Jahren (XNA, 6.8.91).

Schon 1981 wurde in Shanghai eine erste Kampagne gestartet, um mehr Organspender zu gewinnen. Nunmehr berichtet die *China Daily* vom 6.8.91 von positiven Entwicklungen, und ein Peking-er Arzt spricht sogar von einer Revolution des Denkens. So seien in Shanghai mittlerweile 3.900 Organspender registriert, und 4.000 Pekinger hätten sich bereiterklärt, posthum ihre Hornhaut zur Verfügung zu stellen. Eine wichtige Rolle spielt bei dieser Entwicklung offenbar auch die Einrichtung von Organbanken und Spenderdateien. So wurde im vergangenen Jahr eine Hornhautbank eingerichtet, und eine Knochenmarkspenderdatei befindet sich im Aufbau. Ein Krankenhaus der Volksbefreiungsarmee rühmt sich, die größte chinesische Bank für Hauttransplantate zu besitzen, die, bei minus 196 Grad Celsius gelagert, bis zu 18 Jahre verpflanzungsfähig bleiben und offenbar bei den bekannten chinesischen Erfolgen in der Behandlung von Verbrennungen eine Rolle spielen (RMRB vom 23.8.91). Allerdings ist noch immer von einem ernststen Mangel an Spendernieren die Rede, der um so besorgniserregender ist, als durch die



Ein-Kind-Politik die Zahl der als Nieren- und Knochenmarkspender in Frage kommenden Verwandten rückläufig sein wird.

Vor diesem Hintergrund erstaunt ein Bericht der britischen Fachzeitschrift *The Lancet* (nach *Le Monde* vom 22.8.91), in der ein Arzt des Queen Mary Hospitals, Hongkong, darauf hinweist, daß sich Hongkonger Nierenpatienten für umgerechnet etwa 30.000 DM ein Ersatzorgan aus China vermitteln lassen können. Diese Nieren werden hingerichteten Straftätern entnommen, ohne daß eine Zustimmung der Betroffenen oder ihrer Verwandten eingeholt worden wäre. Außerdem geschieht die Verpflanzung der Organe laut dem Bericht ohne die üblichen Verträglichkeitstests, so daß es in der Folge sehr viel häufiger als üblich zu Abstoßungsreaktionen kommt.

Diese Art des Organhandels widerspricht nicht nur den ethischen Standards der Weltgesundheitsorganisation, sondern wirft auch ein Licht auf den Stellenwert, den die betreffenden chinesischen Behörden der Gesundheit der einheimischen Bevölkerung beimessen. Zudem wird deutlich, daß sich hinter der hohen Zahl von Hinrichtungen in China teilweise finanzielle Interessen verbergen. -hws-

\* (22)

#### Erfolge für Behinderte

Anläßlich einer Konferenz über Beschäftigung und Ausbildung Behinderter in Hongkong berichtete Deng Pufang, Sohn Deng Xiaopings und Vorsitzender der chinesischen Behindertenvereinigung, Anfang August von chinesischen Erfolgen bei der Betreuung und Förderung Behinderter. So gebe es mittlerweile 42.000 Wohlfahrtsbetriebe, in denen 750.000 Behinderte jährlich einen Produktionswert von 30 Milliarden Yuan erwirtschafteten. In anderen Betrieben kommen Behinderte auf einen Beschäftigtenanteil von 0,93 Prozent. Von den insgesamt über 50 Millionen Behinderten in China verfügten 60 Prozent über eine Arbeitsstelle. Was die medizinische Betreuung angehe, so seien in den vergangenen drei Jahren 500.000 Blinde am Grauen Star operiert worden, und 160.000 Polio-Opfer hätten eine orthopädische Behandlung

mit einer Erfolgsquote von 98,7 Prozent erfahren. Auch gebe es heute 750 Wohn- und Ausbildungsstätten für behinderte Kinder sowie 1.100 Werkstätten für geistig Behinderte. In den letzten drei Jahren habe sich die Zahl der Behindertenschulen jährlich um 20 Prozent erhöht, und die Zahl der blinden, gehörlosen und geistig behinderten Schüler sei um 30 Prozent jährlich gewachsen. Es gebe 28 Berufsbildungszentren für Behinderte, und 10.000 Behinderte studierten an Institutionen der höheren Bildung und höheren Berufsschulen. (XNA, 12.8.91)

Eine führende Rolle bei der Förderung Behinderter spielt die Stadt Shanghai. Dort wurde 1979 eine erste Schule für geistig Behinderte eingerichtet. Heute verfügen acht der elf Stadtbezirke über Stätten zur Förderung geistig Behinderter, von denen 400 bereits eine Ausbildung abschließen konnten. Insgesamt kümmern sich 31 Organisationen um die Ausbildung Behinderter. Für die 2.000 Gehörlosen gibt es neun Sprechtrainingszentren. (XNA, 12.8.91) -hws-

\* (23)

#### Bürgermeistervereinigung gegründet

Am 21.8. trafen sich über 100 Bürgermeister aus ganz China in Peking, um eine Vereinigung zu gründen. Der Zusammenschluß hat die Rechtsform einer juristischen Person; die Mitgliedschaft ist auf individueller Basis und freiwillig. Derzeit sind etwa 2.000 Bürgermeister und stellvertretende Bürgermeister Mitglied; sie vertreten 90 Prozent der Städte. Zweck der Vereinigung: Sie soll unter anderem gemeinsame Entwicklungsprobleme der Städte erforschen helfen sowie Informationsaustausch und Zusammenarbeit unter den Städten fördern. (GMRB, 22.8.91) -hws-

\* (24)

#### Reisanbau seit über 8.000 Jahren

Jüngste archäologische Erkenntnisse nötigen dazu, den Beginn von als protochinesisch zu verstehenden Ackerbaukulturen weiter zurückzudatieren. Während bislang der Beginn des Neolithikums mit den Merkmalen der Selbsthaftigkeit und regelmäßigen Ackerbaus auf dem Territorium Chinas im 6. vorchristlichen Jahrtausend ver-

mutet wurde, wurden auf einer internationalen Archäologentagung in Nanchang jetzt neue Forschungsergebnisse vorgestellt. Demnach stammt Reis, der in Gezhouba, Provinz Hubei, gefunden wurde, aus dem 7. vorchristlichen Jahrtausend, ist also 8.000 bis 9.000 Jahre alt und damit um ein Jahrtausend älter als der bislang älteste Getreidefund, der in den sechziger Jahren in der Provinz Zhejiang gemacht worden war. Die neue Entdeckung aus dem mittleren Yangzi-Gebiet dürfte zudem die jüngsten Erkenntnisse stützen, wonach im Yangzi-Tal eine zweite - und womöglich ältere - Wiege der chinesischen Kultur zu sehen ist, zusätzlich zu den seit längerem bekannten neolithischen Yangshao- und Longshan-Kulturen Nordchinas (s. C.a., Juli 1991, Ü 29). (XNA, 28.8.91) -hws-

\* (25)

#### Grabräuber in Ningxia

Wie erst jetzt bekannt wurde, haben Dorfbewohner in Kreis Yanchi der Autonomen Moslemregion Ningxia nach und nach über zehn Adelsgräber aus der Han-Zeit (206 v.Chr.-220 n.Chr.) geplündert und verwüstet. Die betroffene Gräbergruppe ist das einzige kulturhistorische Denkmal von Provinzrang auf dem Gebiet des Kreises und gilt als besonders gut erhalten. Die Plünderungen geschahen im März und April dieses Jahres und blieben offenbar monatelang unbemerkt. Die zuständigen Behörden erfuhren davon erst, nachdem es unter den Räufern zu Auseinandersetzungen über die Verteilung der Beute gekommen war und ein Zu-kurz-Gekommener sich rächte, indem er den Raub anzeigte. Unter dessen konnten 129 der entwendeten Grabbeigaben - großenteils Keramik - sichergestellt werden. Wieviele Gegenstände zuvor bereits verkauft wurden, ist nicht bekannt, doch wird von einem schwunghaften Antiquitätenschmuggel in dieser Gegend berichtet. Als Motiv der Grabräuber werden Spielschulden genannt. Über die Bestrafung der Übeltäter gibt es keine Angaben. (GMRB, 8.8.91)

Der Bericht verweist auf ein allgegenwärtiges Problem im chinesischen Denkmalschutz. Da Finanzmittel fehlen und Kompetenzen unklar sind, werden zahllose kulturhistorisch bedeutende Stätten lediglich mit einer Inschriftentafel versehen, die sie als



Denkmal ausweist, ansonsten aber ihrem Schicksal überlassen. Für die Kunstliebe bildet diese Inschrift dann gewissermaßen eine amtliche Zusicherung, daß sich die Sache lohnen wird.  
-hws-

---

## Außenwirtschaft

---

### \*(26) Weiter US-Meistbegünstigung an China

Das Tauziehen um die US-amerikanische Meistbegünstigung an China (siehe auch C.a., Mai 1991, 274-276) ist vorerst beendet, obgleich die bilateralen Irritationen keineswegs beseitigt sind.

In der monatelangen Diskussion um die Verlängerung der Meistbegünstigung sprach sich Präsident Bush für eine weitere Bewilligung der Zollvorteile für chinesische Importe aus. Eine Aufhebung der Meistbegünstigung fördere Bush zufolge weder die amerikanischen Interessen noch die interne Entwicklung in China. Bush kündigte sein Veto gegen entsprechende Beschlüsse von Repräsentantenhaus und Kongreß an. Vor den negativen Auswirkungen einer Aufhebung der Meistbegünstigung auf die wirtschaftliche und innenpolitische Lage warnten auch chinesische Dissidenten in den USA. So würde dies lediglich zu einer Stärkung der konservativen Politiker führen und den Einfluß des privaten Sektors sowie der außenwirtschaftlichen Verflechtungen auf eine wirtschaftliche und politische Veränderung beschränken. Außerdem sei bei einer Aufhebung der Meistbegünstigung nicht damit zu rechnen, daß sich die Bevölkerung kritisch gegen die Regierung stellen würde. Die Entwicklung seit 1949 zeige vielmehr, daß die Regierung wirtschaftliche Krisen dadurch überwunden habe, daß sie an den Nationalismus appelliert und wieder stärkere zentrale Planungsstrukturen eingeführt habe. (IHT, 24.7.91)

Zwar stimmte das Repräsentantenhaus mit einer deutlichen Mehrheit (313:112) dafür, daß die weitere Zuteilung der Zollvergünstigung an bestimmte Bedingungen gebunden wird. Auch

vom Senat wurde im Juli eine Vorlage mehrheitlich (55:44) angenommen, die eine Bindung der Meistbegünstigung an die Verbesserung der Menschenrechtssituation und an andere Bedingungen knüpfte. Für eine Überstimmung des Präsidentenvetos ist jedoch eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Der Vermittlungsausschuß wird nunmehr einen Kompromiß ausarbeiten, doch ist insgesamt nicht mehr mit einer Überstimmung des Bush-Vetos zu rechnen. (NZZ, 30.7.91; SCMP, 2.8.91)

Obwohl nach der Verlängerung der Meistbegünstigung für Chinas Importe weiter die Zollvorteile gelten werden, hat Bush jedoch ein schärferes Vorgehen gegen die chinesische Handelspolitik angekündigt. Zwar erfolgten Mitte August d.J. noch Gespräche mit einer hochrangigen Delegation, doch führten diese nicht zu den von der amerikanischen Administration erwarteten Ergebnissen. Hierbei ging es insbesondere um die von den USA kritisierte restriktive Importpolitik, die zu einem sehr hohen amerikanischen Defizit im Handel mit China geführt haben soll. Für 1991 rechnen die USA damit, daß der chinesische Handelsüberschuß auf 12-13 Mrd.US\$ ansteigen wird. Vor diesem Hintergrund verlangt die USA den Abbau von Handelsbarrieren, die auch in Form von nicht veröffentlichten Handelsgesetzen und -bestimmungen zu einer mangelnden Transparenz im Außenhandelssystem führten. Darüber hinaus wird das Lizenzsystem, das bereits für 40% der gesamten chinesischen Importe gelten soll, als "institutioneller Schutz" gegen ausländische Produkte kritisiert. Weiterhin werden die gegenüber Importen angewandten diskriminierenden Standards und Testverfahren von der US-Administration angegriffen, da diese nach Schätzungen die Importe um 30% verteuerten. Auch die mangelnde Beachtung der Copyrights US-amerikanischer Hersteller durch China war Gegenstand der Gespräche. (FT, 20.8.91)

Während der Verlauf der Handelsgespräche vom chinesischen Delegationsleiter Tong Zhiguang, Vizeminister des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland (Mofert), als "positiv und fruchtbar" beschrieben wurde (XNA, 25.8.91), bezeichneten die Vertreter der amerikanischen Regierung diese als eine "Serie von Frustrationen". (NfA, 27.8.91) Die USA forderten die chine-

sische Regierung auf, bis Ende September einen "Fahrplan" zur Öffnung der chinesischen Märkte für amerikanische Produkte zu erstellen, da sonst die amerikanische Handelsbeauftragte der Regierung empfehlen müßte, Handelssanktionen gegen China einzuleiten. (FT, 27.8.91)

In einem Kommentar der *Financial Times* vom 24.7.91 wird das Dilemma der amerikanischen Regierung gegenüber den zunehmenden Problemen im China-Handel deutlich gemacht. Während der Periode des "Kalten Krieges" habe die Regierung die Entwicklungsländer in nicht-kommunistische und kommunistische aufgeteilt, denen Handelssanktionen auferlegt wurden. In zunehmendem Maße würden die USA nunmehr ihre Beziehungen mit den Ländern der Dritten Welt neu definieren und dabei stärker wirtschaftliche und nicht nur ideologische Aspekte berücksichtigen. Im Rahmen dieser neuen Ordnung würden erfolgreiche Entwicklungsländer als "Handelsproblem" und nicht erfolgreiche als "Bankproblem" eingestuft. Als Folge dieser wirtschaftlichen Umorientierung der Außenpolitik übten die USA auf die lokale Wirtschaftspolitik in Ländern der Dritten Welt mit hohem Exportüberschuß einen stärkeren Einfluß bezüglich struktureller Anpassung und Verbesserung der Importbedingungen aus. Während dies im Kommentar der *Financial Times* als durchaus legitim bewertet wird, sei jedoch das Problem darin zu sehen, daß ein Teil des amerikanischen Kongresses die Handelspolitik gleichzeitig weiter zur Durchsetzung politischer Ziele wie Demokratisierung und Restriktion von Waffenlieferungen in den Mittleren Osten einsetzen wolle. -schü-

### \*(27) Ausweitung des Passagier-Flugverkehrs geplant

Um mit dem steigenden Passagieraufkommen Schritt zu halten, plant China seine Transportkapazitäten auszuweiten. Diesem Ziel dient auch die mit dem US-amerikanischen Flugzeugunternehmen Boeing vereinbarte Lieferung von 13 Passagierflugzeugen vom Typ 757, die für 202 Sitze ausgerüstet sind. Der Kaufpreis für die Flugzeuge beträgt rund 800 Mio.US\$, und die Flugzeuge werden zwischen 1994 bis 1997 in Dienst gestellt werden. Ings-